



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Sonnabend, den 2. Mai 1885.

Nr. 202.

Deutscher Reichstag.

90. Plenar-Sitzung vom 1. Mai.

Am Tische des Bundesrathes: Staatssekretär von Bötticher, Staatssekretär von Burchard nebst Kommissarien.

Präsident v. Wedell-Piesdorf eröffnet die Sitzung um 12 $\frac{1}{4}$ Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Tagesordnung:

Fortsetzung der zweiten Lesung der Zolltarifnovelle.

Die Abgg. Dr. v. Fischer (nat.-lib.) und Genossen beantragen, gepresste Hornknöpfe, welche bisher einen Zollsaß von 30 Mark trugen, mit 120 Mark zu verzollen.

Nach kurzer Debatte, in welcher die Abgg. Röß (Zentrum) und Dr. v. Cuny (nat.-lib.) den Antrag befürworten, während der

Abg. Brömel (deutschfrei.) ihn bekämpft, wird der Antrag mit Rücksicht auf die seitens des Bundeskommissars Geh. Rathes Schraut in Aussicht gestellten Ermittelungen über die Lage der beteiligten Industrie zurückgezogen.

Abg. Löwe (deutschfrei.) hat den Antrag gestellt, den Zoll für hartes Glanzgarn aus langhaariger, in England produzierter Wolle von 8 auf 3 Mark zu ermäßigen; der von der Kommission angenommene Antrag findet auch die Genehmigung seitens des Hauses.

Es folgt die Beratung der Position „Lederzölle“; verschiedene hierzu vorliegende Anträge werden zurückgezogen und

Staatssekretär v. Burchard stellt eine Unternehmung über die einschlägigen Verhältnisse der Leder-Industrie in Aussicht, wie sie die Kommission beantragt hat.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzes betreffend die Abänderung des Zollvereins-Vertrages vom 8. Juli 1867; nach kurzer Debatte wird die Vorlage an die 17. Kommission verwiesen.

Nachdem der Gesetzentwurf betreffend den Schutz des zur Anfertigung von Reichskassenscheinen verwendeten Papiers gegen unbefugte Nachahmung ohne Debatte genehmigt worden, wendet sich das Haus zur ersten Beratung des Gesetzes betreffend die Steuerbegünstigung für Zucker und erhebt dieselbe nach kurzer Debatte, in welcher Abg. Dr. Witte (deutschfrei.) die Herabminderung der Export-Zollbelastung befürwortet und die Abgg. Graf v. Haacke (fraktionsloser Liberaler) und Röhbe (Reichspartei) für die Interessen der bedrängten Zuckerindustrie eintreten.

Nachdem sodann der Antrag des Abg. Dr. Lieber (Zentrum) auf Ausdehnung der Beweiserhebungen bezüglich der Abg. von Wurmb (Reichspartei) angenommen worden, beginnt die zweite Beratung des Gesetzes betreffend die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung.

Abg. Kayser (Sozialdemokrat) begründet einen von ihm eingebrachten Antrag auf Ausdehnung des Gesetzes auf Feuerwehrenten, Straßenlehrer, Gartenbeamte und andere Betriebs-Unterbeamte.

Gegenüber der ablehnenden Haltung, welche der Abg. Schrader (deutschfrei.) der Unfall-Versicherungs-Vorlage gegenüber einnimmt, spricht jodann der

Staatssekretär v. Bötticher die Hoffnung aus, daß sich das Gesetz bewähren werde und erklärt außerdem, daß die verbündeten Regierungen ein Gesetz betreffend die Unterstellung von Betriebs-Unterbeamten unter die Bestimmungen des Gesetzes in's Auge gefaßt habe.

Im Verlaufe der weiteren Verhandlung kennzeichnet der

Abg. Freiherr von Malpahn-Güll (deutschfrei.) das Verhalten der sozialdemokratischen Abgeordneten, welche, statt den jetzt vorliegenden Antrag bereits in der Kommission zu stellen, dort nicht zur Stelle gewesen wären; wenn der Abg. Kayser (Sozialdemokrat) auf den Umstand hinweise, daß er und seine Fraktions-Genossen ohne den Bezug von Diäten nicht mehr arbeiten könnten, als sie es gegenwärtig thäten, so sei es doch sehr sonderbar, daß die Partei nur, wenn sie Geld erhalte, für die Arbeiter-Interessen, die sie stets im Munde führe, thätig sein wolle; auch

Staatssekretär v. Bötticher sprach sich

unter dem Faisall der rechten Seite gegen die Taktik der sozialdemokratischen Abgeordneten aus. Schließlich genehmigte das Haus unter Ablehnung des Antrages Kayser die Beschlüsse der Kommission.

Die Beratung wurde bis zum § 12 gefördert; während sämtliche übrigen Paragraphen unter Ablehnung einiger deutschfreisinniger Abänderungs-Anträge in der Fassung der Kommission genehmigt wurden, gelangte § 9 in der von dem Abg. Dr. Buhl (nat.-lib.) beantragten Fassung zur Annahme, wonach die Beratungen der Arbeiter über die Vorschriften zur Verhütung von Unglücksfällen nicht unter dem Vorbehalt eines direkten Vorgehens stattfinden sollen.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Sonnabend 12 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der zweiten Beratung der Zolltarifnovelle und des Unfallversicherungsgesetzes, sowie kleinere Vorlagen.

Schluß gegen 5 Uhr.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhause.

62. Plenar-Sitzung am 1. Mai.

Am Ministertische: v. Scholz, v. Buttkamer und Maybach, später Dr. Friedberg und Dr. von Gossler und Kommissarien.

Präsident von Köller eröffnet die Sitzung am 11 $\frac{1}{4}$ Uhr mit den üblichen geschäftlichen Mittheilungen.

Tagesordnung:

Fortsetzung der zweiten Beratung des Antrages des Abg. Freiherrn von Huene (Zentrum) auf Annahme eines Gesetzentwurfes betreffend die Ueberweisung von Beträgen, welche aus landwirtschaftlichen Zöllen eingehen, an die Kommunalverbände.

Die Beratung wird bei § 2 aufgenommen. Derselbe lautet nach der Fassung des Antragstellers: „Die Ueberweisung erfolgt an die Kreise (Land- und Stadtkreise). — Bis zur Einführung der Kreisordnung treten in der Rheinprovinz, Westfalen und in den hohenzollernschen Landen an Stelle der Kreise die Gemeinden.“

Die Kommission beantragt folgende Fassung: „Die Ueberweisung erfolgt, mit Ausnahme der hohenzollernschen Lande, an die Kreise (Land- und Stadtkreise). — In denjenigen Landkreisen, in welchen Kreisverbände nicht bestehen, haben die Kreistage zur Vorbereitung und Ausführung ihrer Beschlüsse über die Verwendung der nach Maßgabe des gegenwärtigen Gesetzes ihnen zufallenden Beträge Kommissionen unter dem Vorstehe des Landrathes einzusetzen.“

Abg. Nidert (deutschfrei.) bekämpft in einstündiger Rede die Tendenz des Antrages, indem er ausführt, daß bei dem vorhandenen Defizit eine derartige Verwendung von Summen, deren Vorhandensein noch nicht erwiesen sei, den Traditionen der alten guten preussischen Finanzpolitik zuwiderlaufe.

Abg. v. Rauchhaupt (deutschfrei.) führt aus, daß die Rede des Abg. Nidert sich lediglich als eine Wahlsrede charakterisiere. (Sehr richtig! rechts.) Wenn die Deutschfreisinnigen das vorhandene Defizit so lebhaft betonen, so haben sie ja im Reichstage die günstigste Gelegenheit, an den Bemühungen, das Defizit zu beseitigen, sich thätig zu betheiligen. (Sehr richtig! rechts.) Die Prophezeiungen des Abg. Nidert, daß die Annahme des Antrages sehr verhängnisvolle Konsequenzen haben werde, könnten keinen Eindruck machen, denn der Vorredner schlage ja stets einen prophetischen Ton an, wenn er für seine Behauptungen keine Gründe habe. (Sehr gut! rechts.) Der Abg. Nidert behaupte, es handle sich hier nicht um einen Steuererlaß, allein es sei doch klar, daß hier eine Entlastung der Kommunen angestrebt werde, die ebenso wie Steuererlässe wirken werde. Wenn man behaupten wolle, daß die landlichen Kreise ungerechtfertigter Weise den größten Nutzen von den Ueberweisungen haben würden, so übersehe man vollständig, daß die Ueberweisungen ja auch an die Stadtkreise stattfinden sollten. Redner spricht sich schließlich für die Ueberweisung an die Kreise und gegen eine solche an die Provinzen aus und bittet, den Paragraphen in der Fassung der Kommission anzunehmen. (Beifall rechts.)

Abg. Frhr. v. Zedlitz-Neukirch (freisinnl.):

Nach seiner Meinung wäre es richtig gewesen, wenn das Haus sich über die Art der Verwendung der disponiblen Mittel jeder Beschlusfassung enthalten und es der Regierung überlassen hätte, eine berüthliche Vorlage zu machen. Nachdem gestern sein Antrag abgelehnt worden, werde er nun gegen das ganze Gesetz stimmen.

Abg. Ennecerus (nat.-lib.) verwahrt sich gegen den Vorwurf, daß er in Bezug auf die vorliegende Frage seine Meinung gewechselt. Er stehe noch heute auf dem Boden seiner Ausführungen in erster Lesung, daß die Frage prinzipiell geregelt werden müsse. In Hessen-Nassau sei die Ueberweisung an die Kreise, die bisher ganz wenig Unkosten hätten, ungewöhnlich; er bitte deshalb, seinen Antrag anzunehmen, wonach die Ueberweisung in der Provinz Hessen-Nassau an die Gemeinden erfolgen solle.

Abg. Büchtemann (deutschfrei.): Es müsse immer wieder konstatiert werden und Prof. Schmolzer, ein Befürworter der herrschenden Wirtschaftspolitik, bestätige es mit wissenschaftlichen Beweisen, daß die Betreibesölle dem Großgrundbesitz fast ausschließlich zu Gute kommen. Auch der gegenwärtige Antrag begünstige wieder den Großgrundbesitz und treffe nicht die, welche nach dem Prinzip der Gerechtigkeit entlastet werden müßten.

Abg. v. Eynern (nat.-lib.) wendet sich gegen die Angriffe der freisinnigen Redner auf seine Partei. Mit der Linderung der Noth der Gemeinden müsse einmal ein Anfang gemacht werden. Ob die Beträge, die dazu verwendet werden, schwankend seien oder nicht, sei ihm dann einerlei. Gerade im Interesse vieler rheinischer Bezirke müsse etwas gethan werden. Das Defizit mache ihm keine Sorgen; 20 Millionen seien bei einem Etat von einer Milliarde kein Gegenstand und könnten durch eine anderweite Konstruktion leicht verdrängt werden.

Abg. Ennecerus und Nidert ziehen ihre Anträge zurück.

Die Diskussion wird geschlossen.

§ 2 wird nach dem Kommissionsantrage angenommen.

§ 3 der Kommissionsbeschlüsse lautet: „Die Vertheilung der nach § 1 überwiesenen Summe auf die einzelnen Kreise erfolgt zu zwei Dritteln nach dem Maßstabe der in den einzelnen Kreisen aufkommenden Grund- und Gebäudesteuer, zu einem Drittel nach der Zivilbevölkerung. Bei der ersten Vertheilung der in dem Etatsjahr 1885—1886 aufkommenden Zölle wird das Soll an Grund- und Gebäudesteuer des Jahres 1885—1886 und die bei der Volkszählung im Dezember 1885 ermittelte Ziffer der Zivilbevölkerung zu Grunde gelegt. — Eine Revision dieser Zahlen findet in dem auf jede Volkszählung folgenden Jahre statt. — Die hiernach auf die einzelnen Kreise entfallenden Summen werden durch gemeinsame Verfügung des Ministers des Innern und des Finanzministers festgestellt.“

Abg. v. Meyer-Arnswalde (kons.) ist nach wie vor gegen das Gesetz, weil es falsch sei, 20 Millionen zu vertheilen, während ein Defizit von 20 Millionen bestehe.

Abg. Wehr (freisinnl.) beantragt in Verbindung mit dem Abg. v. Minnigerode folgende Fassung des § 3: „Den Stadtkreisen im Ganzen wird ein nach dem Maßstabe der Zivilbevölkerung bemessener Betrag überwiesen und auf sie nach dem gleichen Maßstabe vertheilt. Der Rest des Ueberweisungsbetrages (§ 1) wird auf die Kreise (§ 2) zu $\frac{1}{3}$ nach dem Maßstabe der in den letzteren aufkommenden Grund- und Gebäudesteuer, zu $\frac{1}{3}$ nach dem Maßstabe der Zivilbevölkerung, zu $\frac{1}{3}$ nach dem Maßstabe der Fläche vertheilt. Bei der ersten Vertheilung u., wie oben im Kommissionsantrag. — Der von der Kommission vorgeschlagene Vertheilungs-Modus vertheilt die städtischen Provinzen, die so wie so von der Regierung als Stiefkinder behandelt würden.“

Minister v. Scholz: Die letztere Auffassung sei unzulässig. Man müsse dahinkommen suchen, die ganze Grund- und Gebäudesteuer den Gemeinden zu überweisen und die halben Schul- und Armenlasten auf den Staat zu übernehmen. Es sei deshalb nur empfehlenswerth, wenn man den Vertheilungsmodus an die Grund- und Gebäudesteuer anlehne.

Abg. v. Zedlitz-Neukirch (freisinnl.):

Es sei unmöglich, einen Vertheilungsmaßstab zu finden, der gerecht für die ganze Monarchie wirke. Der zweckmäßigste Maßstab sei der nach der Bevölkerung und Bodenfläche.

Abg. v. Minnigerode (kons.) äußert sich im Sinne der Abgg. Wehr und Nidemann und bittet um Annahme des Antrages Wehr.

Abg. Meyer-Breslau (frei.): Vertheilen wolle man unter allen Umständen etwas und es frage sich nur was, an wen und wie vertheilt werden solle. In letzterer Beziehung wisse man bisher weiter nichts Bestimmtes, als daß gerecht vertheilt werden solle. Gerecht vertheilen heiße aber nichts Anderes als das größte Stück kriegen. Die sämtlichen vorgeschlagenen Vertheilungsmaßstäbe führten nicht zum Ziel.

Abg. v. Huene (Zentr.) befürwortet den Kommissionsantrag, dem er hinter den Worten „in den einzelnen Kreisen aufkommenden Grund- und Gebäudesteuer“ hinzuzufügen beantragt: „unter Hinzurechnung der fingirten Grund- und Gebäudesteuer vom fiskalischen Besitz“ und bittet die Regierung, über diesem Gesetze das Kommunalsteuergesetz, von dem man befremdlicher Weise gar nichts höre, nicht zu vergessen.

Die Diskussion wird geschlossen und § 3 unter Ablehnung der sonstigen Anträge in der Kommissionsfassung mit dem Zusatzantrag v. Huene genehmigt.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung.

Schluß 4 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 1. Mai. Die Ausstellung der Geburtstagsgeschenke für den Fürsten Biemarck soll, der „Post. Ztg.“ zufolge, am 7. Mai eröffnet werden und vier Wochen hindurch dem Publikum zugänglich bleiben. Zur Zeit ist bereits ein sehr großer Theil der Adressen und Geschenke in der Bauausstellung, Wilhelmstraße 92, untergebracht, um demnächst in den oberen großen Festsaal des Architektenvereins geschafft zu werden. Im Treppenhause ist das große Werner'sche Bild, dessen Rahmen mit den Namen und Wappen aller Mitglieder der königlichen Familie geziert ist, jetzt schon provisorisch aufgestellt.

— Eine große Volksversammlung der Wähler des vierten Berliner Reichstagswahlkreises, welche vorgestern Abend in der „Urania“, Brangelstraße 9, stattfinden sollte, ist auf Grund des Sozialistengesetzes verboten worden. Der Reichstagsabgeordnete Paul Singer wollte seinen Wählern Bericht erstatten. Einberufen war der sozialdemokratische Stadtverordnete Herold.

— Die Nachricht des „Figaro“, daß das Ministerium dem Antrage auf Ausweisung der Prinzen zustimmen wolle, wird, wie bereits gemeldet, offiziös dementirt. Hinzugefügt wird aber, daß die Absicht bestehe, einen Zusatz zu dem Wahlgesetze votiren zu lassen, wodurch die Prinzen auch für unfähig erklärt werden, in die Deputirtenkammer gewählt zu werden, wie dies bereits in dem Wahlgesetze für den Senat der Fall ist.

— Sollte Krieg ausbrechen, so werden der Londoner „World“ zufolge einige Veränderungen im Schoße des Kabinetts eintreten. Lord Derby und ein anderes Mitglied des Kabinetts werden zurücktreten und wahrscheinlich wird dann Lord Granville die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten jüngeren und kräftigeren Händen übertragen.

— Auf das Rundschreiben, welches der Zentralverband deutscher Industrieller in Sachen der für Berlin geplanten Industrie-Ausstellung für das Jahr 1888 erlassen hat, sind bereits einige gutachtliche Aeußerungen eingegangen, die sich mit Ausnahme derjenigen eines einzigen Vereins sämtlich gegen die Ausstellung aussprechen. Freilich liegen vorläufig nur wenig Antwortschreiben vor, und es bleibt bedauerlich, daß die Anfrage nicht offiziell publizirt wurde; kommt doch so viel auf die Form der Frage an.

Ausland.

London 30. April. Ueber Mr. Cuny Settyer, welchen Oberst Lumden als Vertreter des Mann nach London sendete, um über den

Bendisch-Zwischenfall zu berichten, meldet die „Köln. Zig.“ das Folgende: Befagter Stephen ist ein Mitglied des auswärtigen Amtes, war lange Zeit Sekretär in Teheran, unternahm vor drei Jahren eine Untersuchungsreise nach der afghanischen Grenze und ward dabei von den Turkmenen angegriffen. Seine letzte Sendung sei der Initiative Lumsdens entsprungen, aber anscheinend von der Regierung, des Zeitgewinnes wegen, mit Freuden begrüßt worden. Natürlich würde Niemand den Frieden bis zu seiner Ankunft gewährleisten können, aber die europäische Diplomatie — so schließt man in London — gewinnt dadurch neuen Spielraum für ihre veröhnlichen Bemühungen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 2. Mai. Eifrig wird jetzt an der Herstellung des neuen Gartens vom Konzerthause gearbeitet; so sollen die Veranda und die Umzäunung des Gartens heute noch fertig werden. Die letztere besteht aus der westlichen und nördlichen Seite aus einem Staket-, auf der östlichen aus einem dichten Bretterzaun. In dem niedrig gelegenen Gartentheil sind Eichen, Linden, Ahornbäume und Platanen zur Anpflanzung gekommen. Einen besonderen Schmuck wird hier der Springbrunnen bilden, dessen Becken aus Zement gearbeitet, eine Tiefe von etwa 2 Metern und einen Durchmesser von etwa 6 Metern hat. In seiner Mitte erhebt sich eine künstliche Feldsteinpyramide, ebenso wird der Rand des Bassins von einem Steingürtel gebildet, um den sich mannigfache Blattpflanzen schlängeln. Im Wasser des Beckens werden sich später zahlreiche Goldfische tummeln. Der Garten selbst soll mit nicht weniger als 500 Tischen und 1500 Stühlen besetzt werden; seine Einweihung und Eröffnung gedenkt man, wenn die gleichmäßige Fortführung der Arbeiten seine Störung erleidet, bereits am 15. d. M. stattfinden zu lassen.

Die Besitzer der unterm 11. Juli 1874 ausgefertigten Reichsklassen eine werden daran erinnert, daß dieselben nur noch bis Ende Juni d. J. bei einer der Reichskassen und der Kasse eines Bundesstaates in Zahlung angenommen, oder bei der Reichshauptkasse gegen bares Geld eingelöst werden. Vom 1. Juli d. J. ab ist nur noch die königlich preussische Kontrolle der Staatspapiere in Berlin SW., Drankstraße 92, ermächtigt, solche Scheine anzunehmen und einzulösen.

Gegen den Genuß roher Milch hat die städtische Schuldeputation in Berlin folgende beherzigenswerthe und nachahmungswürdige Warnung erlassen: „Wir sind darauf aufmerksam gemacht worden, daß in einzelnen Schulen Milch gegen ein geringes Entgelt an die Schülerinnen und Schüler verabreicht wird. Da der Genuß roher Milch von perlsüchtigen Kühen Gefahr für die Gesundheit bringen kann, die rohe Milch überhaupt schwerer verdaulich und weniger haltbar ist, als gekochte, so ersuchen wir die Herren Direktoren und Schulpflichter, darauf hinzuwirken, daß in Zukunft in den Schulen nur abgekochte Milch verabreicht wird.“

Die gestern im Volffschen Saale stattgefundene humoristische Abschiedsszene des Herrn Klud, der sich der Bühne zu widmen gedenkt, war sehr zahlreich besucht und amüsante das Publikum in heiterer Weise. Herr Klud selbst, sowie die mitwirkenden gleichfalls geschätzten Kräfte wurden mit Beifall empfangen und ausgezeichnet.

Uns liegt der 26. Bericht des Hamburger Vereins für Handlungs-Kommis vor, der in erschöpfender Weise über die Einrichtungen dieses bedeutenden Vereins Auskunft erteilt. Demselben gehören 1949 etablierte Mitglieder an, 1350 Herren sind über 10 Jahre Mitglieder des Vereins. Der Total-Mitgliederbestand bezifferte sich ult. Dezember 1884 auf 14,473 Mitglieder und 1003 Lehrlinge d. h. 1033 Mitglieder und 102 Lehrlinge mehr als im Vorjahre. Der Bericht wird Interessenten gratis auf Verlangen zugesandt.

In der Woche vom 19. bis 25. April kamen im Regierungsbezirk Stettin 65 Erkrankungen und 10 Todesfälle in Folge von ansteckenden Krankheiten vor; am stärksten zeigte sich wiederum Diphtherie, woran 42 Erkrankungen und 9 Todesfälle zu verzeichnen sind, davon 5 Erkrankungen und 4 Todesfälle in Stettin. Demnächst folgen Scharlach und Röteln mit 13 Erkrankungen (1 Todesfall), davon 5 Erkrankungen in Stettin. An Darm-Typhus erkrankten 7 Personen in Stettin, davon 2 von außerhalb, und an Malaria 3 Personen.

(Personal-Chronik.) Seine Majestät der Kaiser und König haben Allernachst geruht, dem praktischen Arzte Dr. Lieben zu Treptow a. N. den Charakter als Sanitätsrath zu verleihen. — Im Kreise Regenwalde ist für den Standesamtsbezirk Silligsdorf der Förster Haak zu Schwerin zum Standesbeamten ernannt. — Im Kreise Uckermark ist für den Standesamtsbezirk Kleppgarten der Administrator Hoffmeister zu Kirchenbruch zum Stellvertreter des Standesbeamten ernannt. — Der an den Bauten bei der Kaiserfahrt beschäftigte Regierungs-Baummeister Hermann in Swinemünde ist zum königlichen Wasserbau-Inspektor ernannt. — Der Schiffer auf kleiner Fahrt Rudolf August Gottfried Kopschmann aus Swinemünde ist als königlicher Revierlootse in Swinemünde angestellt. — Die bisherigen Sergeanten Bonow und Polatz sind als Schupfleute bei der königlichen Polizei-Direktion zu Stettin angestellt. — Der Förster Spöhr zu Stallberg in

der Oberförsterei Neuenkrug ist vom 1. Juli 1885 ab auf seinen Antrag in den Ruhestand versetzt. — Der königliche Seelootse Joachim Michael Julius Markwardt in Swinemünde ist vom 1. April d. J. ab auf seinen Antrag in den Ruhestand versetzt. — Die provisorisch angestellte Lehrerin, Fräulein Gultrecht zu Stettin ist fest angestellt worden. — In Kolzow, Synode Wollin, ist der Lehrer Pieper provisorisch angestellt. — Das Rektorat an der Stadtschule zu Fiddichow ist seit dem 1. April d. J. erledigt. Die Wiederbesetzung desselben durch einen Kandidaten der Theologie erfolgt seitens der königlichen Regierung. Einkommen mit Einschluß einer widerruflichen Staatsbeihilfe von 828 Mark beträgt jährlich 2212 Mark. Die Staatsbeihilfe kann jedoch nur dann gewährt werden, wenn der Bewerber die Rektorsprüfung bestanden hat, event. von dem Zeitpunkt an, an welchem die Prüfung bestanden ist.

Der Postdampfer „Amerika“, Kapit. G. Meyer, vom Norddeutschen Lloyd in Bremen, welcher am 15. April von Bremen abgegangen war, ist am 30. April wohlbehalten in Baltimore angekommen.

Der Postdampfer „Verra“, Kapit. J. Barre, vom Norddeutschen Lloyd in Bremen, welcher am 19. April von Bremen abgegangen war, ist am 29. April wohlbehalten in Newyork angekommen.

Vorgekern wurde aus einer Wohnung des Hauses Falkenwalderstraße Nr. 2 eine goldene Anker-Uhr gestohlen. Die Uhr führt die Nummer 2320.

Schöffengericht. Sitzung vom 2. Mai. Am 20. Oktober v. J. machte der städt. Bauaufseher Pape seiner vorgesetzten Behörde, dem hiesigen Magistrat, Anzeige von verschiedenen Unregelmäßigkeiten, welche sich einer seiner Untergebenen, der Schneider Fr. Schmidt sollte zu Schulden haben kommen lassen. Dem Schmidt kam dies zu Ohren und er leitete gegen Pape eine Injurienklage ein. In dem deshalb heute anstehenden Termin wurde B. freigesprochen, ohne daß in die Beweisaufnahme eingetreten wurde, da der Gerichtshof der Ansicht war, daß B. verpflichtet war, von jeder Unregelmäßigkeit eines Untergebenen, von welcher er Kenntniß erhalten, der vorgesetzten Behörde Anzeige zu machen, ohne sich auf eine nähere Untersuchung einzulassen.

Der Arbeiter Karl Krause zu Zülchow hat am 25. Januar d. J. die unverheiratete Auguste Knoll zu Grabow a. D. und die unverheiratete Emilie Mewes zu Bredow vom Tode des Ertrinkens gerettet. Diese menschenfreundliche That wird seitens der königlichen Regierung mit dem Hinzufügen zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß dem Retter eine Geldprämie bewilligt worden ist.

Aus den Provinzen.

Naugard, 1. Mai. In der heutigen Stadtverordneten-Sitzung wurde Herr Bürgermeister Bernhard aus Dersfio zum hiesigen Bürgermeister gewählt.

Greifswald. In diesem Frühjahr werden es 50 Jahre, daß die seit dem Jahre 1873 allerdings wieder eingegangene land- und staatswirtschaftliche Akademie Elbena gegründet wurde. Eine große Anzahl zum Theil bedeutend hervorragender Landwirthe haben ihre wissenschaftlichen Studien auf dieser Akademie absolvirt und daselbst die Grundlage für die späteren Erfolge ihrer Berufsthätigkeit gelegt. Es erscheint daher als ein Akt der Pietät, wenn jetzt eine Anzahl ehemaliger Studirender der früheren Akademie zusammengetreten ist, um die fünfzigjährige Wiederkehr des Stiftungstages der einstmaligen gemeinsamen Bildungsstätte durch eine entsprechende Gedenkfeier festlich zu begehen und beabsichtigen dieselben, durch einen in nächster Zeit zu erscheinenden öffentlichen Aufruf auch die früheren Elbenenser zur Theilnahme an der Festsfeier einzuladen. Es darf wohl mit Recht vorausgesetzt werden, daß eine derartige Einladung allgemein freudiger Zustimmung begegnen wird, umso mehr, als gewiß bei fast allen Elbenensern die Erinnerung an die lebhaften Wünsche erhalten haben wird, mit den ehemaligen Genossen an der ihnen lieb und werth gewordenen gemeinsamen Studienstätte sich wieder einmal persönlich begrüßen zu können. Erstmaliger Weise haben auch der frühere Direktor der Akademie, Herr Geheimrath Dr. Baumgarten, sowie eine Anzahl der ehemaligen Dozenten ihre Theilnahme an der Festsfeier zugesagt, so daß dieselbe sicherlich einen nach jeder Richtung hin erfreulichen und befriedigenden Verlauf nehmen dürfte. Als Termin für die Festsfeier ist vorläufig die Zeit gegen Ende des Monats Juni d. J. in Aussicht genommen, welche für die meisten Theilnehmer voraussichtlich passend und auch bezüglich der Jahreszeit die geeignetste sein dürfte. Ueber die Ausführung der Festsfeier werden die in nächster Zeit zur Veröffentlichung gelangenden Programme das Nähere mittheilen.

Demmin, 30. April. Der hiesige Lehrerverein hat in seiner letzten Versammlung folgende Petition an das Herrsch. Land beschossen: Hohes Herrenhaus! Das hohe Haus der Abgeordneten hat am 17. April d. J. eine Kommission vorberathen. Ein Lehrer-Pensionsgesetz mit nur wenigen Änderungen angenommen. Den ganz gehorsamt Unterzeichneten sei die Bitte gestattet, Ein Hohes Herrenhaus wolle dem zwischen der königlichen Regierung und dem Abgeordnetenhaus vereinbarten Lehrer-Pensionsgesetz-Entwurf — ohne Änderung daran vorzunehmen — hochgeneigt zustimmen. — Sämmtliche Lehrer des hiesigen Kreises sind zur Unterschrift aufgefordert

und man hofft, daß die Absendung der Petition auch in andern Kreisen unter den Lehrern Nachahmung findet.

Kunst und Literatur.

Frau Ehn, die auch hier wohlbekannte Künstlerin, ist am Mittwoch aus dem Verbanne des Hof-Operntheaters in Wien geschieden. Die Künstlerin trat in der Abschiedsvorstellung als „Mignon“ auf, in jener Partie, welche sie zuerst in Wien gesungen, und an die sich die Erinnerung an ihren größten und glanzvollsten Erfolg knüpft. Das Publikum bereitete Frau Ehn einen so herrlichen Abschied, wie es nur bei Künstlerinnen oder Künstlerinnen der Fall ist, welche seine Gunst in seltenem Grade errungen haben. Frau Ehn, welche mit einem anhaltenden Sturm von Applaus begrüßt worden war, wurde nach jeder Gesangsnummer, nach jeder Szene und jedem Akte mit Beifall überhäuft und bei offener Szene wie nach den Abschlüssen immer wieder gerufen. Die Kollegen der Scheidenden, welche in der Vorstellung mitwirkten, brachten nach den Abschlüssen eine Fülle von Kränzen und Blumensträußen, welche Frau Ehn übersendet worden waren, mit vor die Courtine. Zum Schluß gab es eine lange Serie von Hervorrufen und, wie sehr auch die Künstlerin aufgeregt und ergriffen schien, das Publikum harzte aus und bestand auf seinem herkömmlichen Rechte, eine Abschiedsrede zu vernehmen. Die Herren Mayerhofer und Bed geleiteten immer wieder Frau Ehn vor das Publikum, der Letztere umarmte und küßte sie. Endlich trat Frau Ehn allein vor und sprach mit leiser Stimme die Worte: „Danke, tausend Dank für alle Ihre Liebenswürdigkeit.“ Auch dann folgten noch stürmische Hervorrufe. In der Garderobe der Künstlerin waren die Kränze und Blumensträußen niedergelegt worden. Unter denselben fanden sich eine mit schwarzgelben Bändern geschmückte große Blumenvase von der Intendantin und Direktor des Hof-Operntheaters, Kränze vom Wagner-Verein und der Sing-Akademie; vom Chorpersonal war eine Adresse gekommen. Vor dem Schluß des zweiten Aktes versammelten sich beinahe sämmtliche Sängerrinnen des Hof-Operntheaters in der Garderobe der Frau Ehn. Als dieselbe eingetreten war, richtete Frau Papier eine herzliche Ansprache an die scheidende Kollegin, bat sie, Allen eine freundliche Erinnerung zu bewahren und überreichte einen silbernen Kranz, dessen Blätter die Namen jener Damen, die sich an der Widmung betheilig hatten, zeigten. Frau Ehn war so erregt, daß sie kaum zu erwidern vermochte, und umarmte unter Thränen ihre bisherigen Kolleginnen.

Pauline Ulrich in Dresden ist soeben durch eine direkte und überaus schmeichelhafte Depesche des Herzogs von Meiningen zum „Chor mitglieder des Meiningen Hoftheaters“ ernannt worden, — eine Würde, die nur selten verliehen wird.

Vermischte Nachrichten.

Wir erhalten mit der Bitte um Veröffentlichung den nachstehenden Aufruf zugesandt: Straßburg i. E., im April 1885.

Liebe Schwestern! Aus der Heimat des deutschen Reiches, aus dem schönen Elsaß ergeht der Ruf an Euch um Hilfe und Beistand. — Vor neun Jahren traten hier in dem alten deutschen Straßburg, das uns 190 Jahre lang entfremdet und nun mit Blut und Eisen wiedergewonnen war, 18 deutsche Männer zusammen zur Gründung eines Schützen-Vereins. Was wir hier allein noch vorfinden, waren einige wenige schwache Erinnerungen an vergangene Zeiten, in denen vor 300 und mehr Jahren gerade Straßburg Sitz und Pflanzstätte echten deutschen Schützenwesens gewesen war; kein Schießstand, kein Platz für einen solchen war vorhanden; die Bevölkerung im Allgemeinen und die aus französischer Zeit noch vorhandenen Mitglieder des damals bestandenen Schützen-Vereins standen uns im besten Falle ohne Sympathie, vielfach feindlich gegenüber. Dennoch gingen wir muthig ans Werk, hatten wir doch ein höheres Ziel im Auge, wie es unter gewöhnlichen Umständen der Fall gewesen wäre; waren wir doch mit dazu berufen, die durch Gewalt der Waffen wiedergewonnenen verwalteten alten deutschen Lande auch innerlich wieder zu gewinnen und mit dem neuen Zustand der Dinge auszuföhnen; berufen, deutsche Sitte und deutsches Wesen hier wieder einzuföhren und ihnen Achtung zu verschaffen.

Es war das keine leichte Aufgabe, und wir sind heute noch weit davon entfernt, dieselbe ganz erfüllt zu haben; aber Opfer, Mühe und Arbeit sind nicht vergebens gewesen. Unter 120 Mitgliedern, die heute unser Verein zählt, sind nahezu ein Drittel Alt-Elsässer, die sich mit uns verbündet haben, die mit uns unsere Statuten anerkennen, in denen es als heiligste Pflicht unseres Vereins bezeichnet wird:

„treu zu halten zu Kaiser und Reich.“ Kein anderer deutscher Verein in den Reichsländern kann sich eines auch nur annähernd ähnlichen Erfolges rühmen.

Jetzt Jahre lang haben wir uns mit Militärschießständen befassen müssen, welche uns die Militärverwaltung in überausstiller Weise an Sonn- und Feiertagen zur Verfügung gestellt hatte; wir müssen ihr hierfür sehr dankbar sein, denn ohne diese Erlaubniß hätte unser Verein überhaupt nicht existiren können. Daß aber andererseits die nur bedingte Ueberlassung von Schießständen für uns große Unzuträglichkeiten mit sich führte, braucht

nicht erst erwähnt zu werden. Wir kamen denn auch, trotz der großen Opfer, welche ein alter treuer Stamm von Mitgliedern immer und immer wieder brachte, nicht vorwärts und mußten gewärtigen, über kurz oder lang unseren jungen, so viel versprechenden Verein zu Grabe tragen zu müssen. Sollte das nicht geschehen, so wurde der Bau eigener Schießstände zur zwingenden Nothwendigkeit. Derselbe ist im vorigen Frühjahr begonnen und im Herbst vollendet worden und hat, trotzdem wir uns auf das allernothwendigste beschränkten, infolge der umfassenden Sicherheitsvorrichtungen einen Aufwand von rund 13,000 Mk. erfordert. Hiervon sind 7000 Mk. noch aufzubringen, obgleich die einzelnen Mitglieder zum Theil über ihre Kräfte hinaus zum Baufonds beisteuerten.

In unserer Noth haben wir uns an den Vorstand des deutschen Schützenbundes gewandt, der uns aber, selbst ohne große Mittel, nur eine geringere Unterstützung in Aussicht stellen konnte. Dagegen wurde in der Sitzung des Gesamtausschusses gelegentlich des 8. Bundeschießens in Leipzig angeregt:

„Jeder deutsche Schützen-Verein möge zu unseren Gunsten ein Preis-schießen veranstalten.“

Nur die Vereine von Kassel, Leipzig und München sind dem damals mit allgemeinem Beifall aufgenommenen Vorschlag bisher nachgekommen und haben uns 369 Mk. überandt.

An Euch liebe Schützenbrüder richten wir nun die dringende Bitte, uns in unserer Nothlage nicht im Stich zu lassen und dem in Leipzig gemachten Vorschlag Folge zu leisten. Es erscheint das als eine patriotische Pflicht, denn wir vertreten hier zu Lande dem noch üppig wuchernden Franzosenthum gegenüber das Deutschthum und insbesondere das deutsche Schützenwesen. In Versicherung unseres Dankes auch für den kleinsten Betrag mit deutschem Schützengruß. Der Vorstand des Straßburger Schützen-Vereins: Bogel von Falkenstein, Schützenmeister.

Meißner, Schriftführer.

Viehmarkt.

Berlin, 1. Mai. Amtlicher Marktbericht vom städtischen Zentral-Viehhofe.

Es standen zum Verkauf: 377 Rinder, 535 Schweine, 891 Kälber, 746 Hammel.

An Rindern wurden nur circa 50 Stück zu den Preisen vom vorigen Montag verkauft.

In Schweinen verlief der Handel eben so flau, wie am Montag, dessen Preise kaum erzielt wurden; der Markt wurde nicht geräumt.

Um so glatter gestaltete sich der Kälberhandel; die Preise des letzten Marktes wurden leicht erzielt, hin und wieder auch wohl überschritten. Man zahlte für beste Qualität 42 bis 50 Pf. und für geringere Qualität 30—40 Pf. pro 1 Pfund Fleischgewicht.

Hammel blieben ohne Umsatz.

Verantwortlicher Redakteur: W. Schiebers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 1. Mai. Heute gegen 1 Uhr Nachts wurden in ganz Wien zwei Erdstöße, von Nordwest nach Südost gerichtet, verspürt. Aus den Provinzen, insbesondere den südlichen, liegen gleiche Nachrichten vor. An einzelnen Punkten Steiermarks trat die Erscheinung sehr heftig auf. In Graz beobachtete man fünf Stöße, welche Uhren und Bilder von den Wänden warfen. Viele aus dem Schlaf geweckte Personen eilten auf die Straße. In Rindberg, im Müritthal, wurden viele Häuser beschädigt, ein Kind getödtet; das Schulhaus mußte, da es mit dem Einsturz drohte, gesperrt werden. Ebenso sind in Mitterndorf und Wartberg viele Häuser dem Einsturz nahegebracht. Ähnliche Meldungen kommen von anderen Punkten des Alpengebietes. An den Instrumenten der Wiener meteorologischen Anstalt wurde die Erscheinung nur in sehr geringem Maße wahrgenommen.

Das letzte, ungleich schwächere Erdbeben war in Wien, wie in ganz Nieder-Oesterreich und Steiermark, im Sommer 1876 beobachtet worden.

Paris, 1. Mai. Eine Depesche des Generals Briere de la Rose bestätigt, daß die Chinesen Langson geräumt haben. Dongson und Thonmot seien französischerseits besetzt worden. Die Ausführung der Friedensbedingungen sei in regelmäßigem Fortgange begriffen.

London, 1. Mai. Das Oberhaus nahm in dritter Lesung die Bill wegen Errichtung eines Bundesraths für Australien an.

Unterhaus. Auf die Frage Northcote's, ob heute neue Nachrichten aus Petersburg eingetroffen seien, antwortete Gladstone, soweit ihm bekannt, lägen keine weiteren Nachrichten vor.

London, 1. Mai. (Telegramm des „Neuerischen Bureaus“.) Ein hier umlaufendes Gerücht will wissen, der König von Dänemark werde zum Schiedsrichter gewählt werden, falls Rußland den Vorschlag Englands, die Pender-Angelegenheit einem Schiedsgerichte zu unterbreiten, annehmen sollte.

London, 1. Mai. Die amtliche „Gazette“ veröffentlicht die Verleihung des Großkommandeurskreuzes des Sterns von Indien an den Emir von Afghanistan.

London, 1. Mai. Von dem Assisenricht in Ipswich wurden heute wegen Verübung der deutschen Schiffe „Diedrich“ und „Anna“ drei Seelen zu zwölf und fünf zu neun Monaten Zwangsarbeit verurtheilt. Der Richter drohte im Wiederholungsfalle Zuchthausstrafe an.

Wie kam das Mordinstrument in die Hand des Gefangenen?

Als er erfahren, was sich zugetragen, sicherte er ihnen vorerst seinen väterlichen Schuß zu, gab Trost und Hoffnung in die verzagten Herzen und

"Es würde uns wie ein Fluß über's Weltmeer folgen," sagte er, "nein, mein Freund! ich habe Geld genug für uns Alle, ich bin Dein Schuldner, da Du den Judas, der meinen unglücklichen Bruder in den Tod getrieben, zu

Konrad schaute bei diesen Worten sinnend vor sich nieder und ein Lächeln überflog sein Antlitz. Dann blickte er den Freund an und versetzte: „Es ist so, wie Vater Treumann erzählt hat, wenn ich nicht besüßigen müßte, die Götter durch meine Hoffungs träume neidisch zu machen, so könnte ich das Liebste als Opfer fordern, welches ich würde dieses Mädchen der deutschen Heimath zu führen.“

(Schluß folgt.)

Für ein gebild., anspruchslos., i. Mädch. aus achtb.
Fam., das gewandt i. d. Wirthschaft, im Kochen
all. Handarb., Schneidern u. Fuß. bei Kinderl. w.
Stille i. gebild. Fam. o. bei einer Dame (i. d. St.)
o. a. d. Lande Stell. auch ohne Vergütung gei.

S. Kronthal & Söhne,
Stettin, Breitestrasse 17.
Grösstes und bedeutendstes
Möbel-Magazin Stettins.